

# Leipziger Tageblatt

und

## Anzeiger.

N<sup>o</sup> 91.

Sonntag den 1. April.

1855.

Mittwoch den 4. April d. J. Abends 6 Uhr

ist öffentliche Sitzung der Stadtverordneten im gewöhnlichen Locale.

Tagesordnung: Gutachten des Verfassungsausschusses, die beantragte Einrichtung einer Bäckerei in der äußeren Petersvorstadt betreffend.

### Landtagomittheilungen.

16. Sitzung der ersten und 31. Sitzung der zweiten Kammer am 30. März.

Die erste Kammer hat heute die Vorlage über die projectirte Eisenbahnverbindung zwischen Chemnitz und der sächsisch-bayerischen Staatsbahn berathen und hierbei den diesfälligen Anträgen der Staatsregierung in Uebereinstimmung mit den Beschlüssen der zweiten Kammer ihre Genehmigung erteilt.

Die zweite Kammer beschäftigte sich mit der Berathung der die Beiträge zu den Ausgaben des deutschen Bundes umfassenden Budgetmittheilung, welche sie in der von ihrer Finanzdeputation vorgeschlagenen Höhe von 24,000 Thlr. bewilligt hat.

### Ueber Innungen.

In den preussischen Kammerverhandlungen hat der Abgeordnete Wagener Gelegenheit erhalten, sich über Innungsverhältnisse auszusprechen, und wer Wagenern nur einigermaßen kennt, wird wissen, daß er der Mann ist, der nicht spricht, um als Einer zu erscheinen, der etwas versteht, sondern der da spricht, weil er es wirklich versteht, und der eben darum sprechen muß. Hören wir ihn selbst, er sagt:

„Meine Herren, die Petition, die uns in diesem Augenblicke beschäftigt, enthält zwei Anträge, einmal den Antrag für den gesetzlich anzuordnenden Anschluß der außer den Innungen stehenden selbstständigen Handwerker an die Innungen, und zweitens den Antrag, das gesetzlich wieder eingeführte Princip der Prüfungen nicht nur streng festzuhalten, vielmehr noch zu verschärfen und die §§ 26 und 27 der Verordnung vom 9. Februar 1847 ganz aufzuheben. Indem ich den Antrag stelle, über diese Petition nicht, wie es die Commission beantragt hat, zur Tagesordnung überzugehen, sondern dieselbe dem königl. Staatsministerium zur Erwägung zu überweisen, schicke ich voraus, daß ich meinerseits nur für den ersten Theil dieses Antrags spreche, indem ich die Berücksichtigung des zweiten Theils weder für möglich, noch für rathlich halte. Diejenigen gesetzlichen Bestimmungen, deren Aufhebung der zweite Theil des Antrags bezweckt, sind nur eine anderweitige Formulierung einer Bestimmung, die auch schon während des Bestehens der Innungseinrichtungen überall gangbar war, namentlich, daß es möglich sein müsse, auch außerhalb des geordneten Weges die Befähigung nachweisen zu lassen, wie es ja auch früher bei allen Innungen war, daß z. B. die Meister an demselben Tage ihre Söhne ein- und ausschreiben lassen durften. Also nicht für diesen Antrag spreche ich, sondern nur für den ersten Theil, für den gesetzlich anzuordnenden Anschluß der außer der Innung stehenden Handwerker an die Innungen. Ich bescheide mich, daß keine große Aussicht vorhanden ist auf eine baldige oder sofortige Regulirung dieser Angelegenheit, deshalb spreche ich daher auch nicht, sondern aus demselben Grunde, aus welchem wir sehr häufig von Ihnen (zur Linken)

einen Gegenstand ohne Aussicht auf augenblicklichen Erfolg berühren sehen, d. h. um eine höchst wichtige Sache wiederum in Anregung zu bringen. Ich will Sie nicht behelligen mit Wiederholung von Gründen, welche früher über diesen Gegenstand vorgetragen sind; ich will auch nicht ein Mißtrauensvotum in irgend einer Richtung gegen das Staatsministerium aussprechen oder beantragen. Ich weiß selbst sehr wohl, welche widersprechenden Interessen und Vorurtheile hier zu überwinden sind; ich weiß sehr wohl, daß inzwischen Verhältnisse und Institutionen sich gebildet haben, deren Verbindung und Einfügung in den bis dahin bestehenden Organismus mit wesentlichen und nicht zu unterschätzenden Schwierigkeiten verbunden ist. Meine Absicht ist, diese höchst wichtige Sache bei dieser Gelegenheit wieder zur Sprache zu bringen und sie von Neuem anzuregen und sie Ihrer allseitigen Erwägung anheimzugeben. Ueber einen Satz, glaube ich, wird Jeder, der sich mit dieser Angelegenheit einigermaßen beschäftigt hat, mit mir einverstanden sein, in dem, daß die gegenwärtigen Zustände des Handwerkerstandes und besonders des kleinen Handwerkers vollständig unhaltbar geworden sind. Es ist eine solche Veränderung in denselben eingetreten, daß, um ein Beispiel dafür anzuführen, diejenigen Handwerke, die hier die zahlreichste Classe der kleinen Handwerker bilden, sich in der Weise verändert haben, daß, während im Jahre 1837 bei den Schuhmachern und Schneidern die Zahl der Gehülften die der Meister fast noch um das Doppelte überstieg, gegenwärtig das umgekehrte Verhältniß eingetreten ist. Ein Jeder, der diese Sache nur irgendwie mit Interesse verfolgt hat, wird wissen, was das für den Zustand des Handwerks selbst bedeutet; die Einrichtungen sind aber auch so, daß dieser jetzige Zustand nicht besser werden kann, sondern täglich schlimmer werden muß. Ich weise nur hin auf die wirklich exorbitante Auslegung des Gesetzes in Beziehung auf den sogenannten „fabrikmäßigen Betrieb“ des Handwerks; ich weise hin auf die gleich Pilzen aus der Erde wachsenden Kleiderhandlungen und dergleichen, welche es unmöglich machen, daß der kleine Handwerker mit ihnen zu concurriren im Stande ist. Der Handwerkerstand selber ist aber auch zu der Selbsterkenntniß gekommen, daß dieser Zustand unhaltbar sei und allgemeiner werden muß. Wenn Sie daher, m. H., im Handwerkerstand so viel von Fortschritt sprechen hören, so liegt darin nichts weiter enthalten, als die Ueberzeugung, daß man sich in dem jetzigen Zustande nicht halten kann und daß man den Fortschritt selbst ins Blaue hinein diesem Zustande vorziehe. Die Erfahrung hat gelehrt, daß in keiner Schicht des Volks die revolutionaire Verführung einen so breiten Boden und einen so vorbereiteten Bündstoff gefunden hat, als gerade in dem kleineren Handwerkerstande in den größern Städten und in denjenigen, die sich bereits als Proletariat von diesem Handwerkerstande abge sondert hatten. Meine Herren, die Masse des Volks wird es Ihnen niemals glauben, wenn Sie ihr theoretisch und philosophisch deduciren, daß die Regierung in ihrem Rechte sei oder daß sie weise handle, wenn sie die Sachen gehen läßt wie sie eben gehen wollen. Die Masse des Volks will eben regiert sein und zwar vor Allem auf dem Gebiete, wo es sich recht eigentlich um